

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 33. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 03.07.2024, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften vom 24.04.2024, 29.05.2024 und 13.06.2024
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
 - 3.1 Sitzungsgeld JuPa
 - Antrag der Volt-Fraktion
 - 3.2 RatsTV in die Hauptsatzung
 - Antrag der Volt-Fraktion
 - 3.3 Mülltütenautomat
 - Antrag der Volt-Fraktion
 - 3.4 Rückbau der Umweltspur von Geisweid nach Siegen (beide Richtungen) B54
 - Antrag der FDP-Fraktion
 - 3.5 Ausbau Radweg unter der HTS von Geisweid nach Siegen beide Richtungen
 - Antrag der FDP-Fraktion
 - 3.6 Motto "Zusammen für Vielfalt und Demokratie" bei großen Publikumsveranstaltungen 2024
 - Antrag der Fraktion B'90/Grüne
 - 3.7 Grillplätze in Siegen
 - Antrag der Fraktion B'90/Grüne
4. Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2023 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW
5. Nachbesetzung von Gremien

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften vom 24.04.2024, 29.05.2024 und 13.06.2024
2. Personalangelegenheit
3. Personalangelegenheit
4. Sachstand städtebauliche Entwicklung
5. Sachstandsbericht zum Erwerb eines Grundstücks am Fischbacherberg
6. Ausübung des Allgemeinen Vorkaufsrechtes nach §24 BauGB zum Zwecke der Wohnbebauung
7. Verschiedenes
8. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 21.06.2024

Steffen Mues
Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 33. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 03.07.2024, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 2.1 Gebäude des Zwangsarbeiter*innen-Hilskrankenhaus in der Fludersbach
 - Anfrage der Fraktion B'90/Grüne

- 3.8 Resolution zur Einführung einer landesgesetzlichen Messzahlenanpassung bei der
 Grundsteuerreform
 - Antrag der SPD-Fraktion

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 27.06.2024

Steffen Mues
Bürgermeister

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	26.06.2024
Federführend	GB 4, Abt. 4/3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

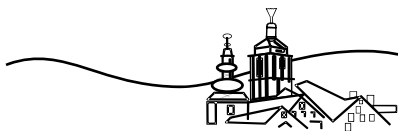
☐ nichtöffentlich

Rat

03.07.2024

Betreff:

Gebäude des Zwangsarbeiter*innen-Hilskrankenhaus in der Fludersbach
- Anfrage der Fraktion B'90/Grüne



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

26.6.2024

Anfrage zur Sitzung des Rats der Universitätsstadt Siegen am 3. Juli 2024

Gebäude des Zwangsarbeiter*innen-Hilfskrankenhauses in der Fludersbach

Durch den Verkauf der Kaufland Immobilie in der Fludersbach besteht aus Sicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Handlungsbedarf bezogen auf die Gebäudeteile des Hilfskrankenhauses für Zwangsarbeiter*innen. Auch wenn es sich nur um einen Treppenabgang und Kellerraum handelt, muss Erinnerungskultur möglich sein. Wie Zwangsarbeiter*innen untergebracht und behandelt wurden, darf nicht vergessen werden.

Daher fragen wir:

1. Welche Einrichtungen/Institutionen sind bzw. wurden an der Bewertung der Gebäudeteile beteiligt?
2. Gibt es Bemühungen, Teile des Gebäudes zu sichern?
3. Wie wird sichergestellt, dass Abriss-/Umbauarbeiten erst nach einer hinreichenden Bewertung aller Beteiligten durchgeführt werden?
4. Wie wird sichergestellt, dass dieser wichtige Ort für unsere Erinnerungskultur dokumentiert wird?

Wir bedanken uns für die Beantwortung und

verbleiben mit freundlichen Grüßen

Lisa Bleckmann
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	15.05.2024
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

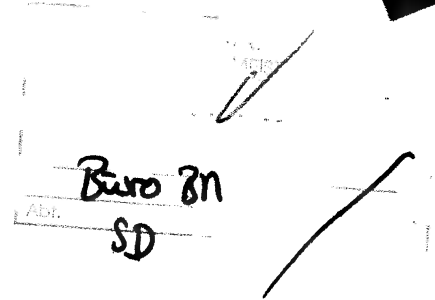
03.07.2024

Betreff:

Sitzungsgeld JuPa
- Antrag der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 15. Mai 2024

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Rates

Betreff: Sitzungsgeld JuPa

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Volt-Fraktion bittet, folgenden Antrag zur Sitzung des Rates am 03.07.24 in der Tagesordnung aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Mitglieder des Jugendparlaments erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 25€ pro Sitzung als ehrenamtliche Aufwandsentschädigung.
2. Die Verwaltung leitet alle dafür notwendigen Schritte in die Wege.

Begründung:

Die Einführung eines Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Jugendparlaments in Höhe von 25€ pro Sitzung als ehrenamtliche Aufwandsentschädigung ist ein wesentlicher Schritt, um die Arbeit junger Menschen in der politischen Landschaft unserer Stadt anzuerkennen und zu würdigen. Diese Maßnahme spiegelt unser Verständnis und unsere Wertschätzung für das Engagement und den Zeitaufwand wider, den die jungen Mitglieder des Parlaments investieren. Durch die Bereitstellung einer finanziellen Anerkennung erkennen wir nicht nur den Wert ihrer Beiträge zur lokalen Demokratie an, sondern senden auch ein klares Signal aus, dass ihre Bemühungen und ihr Einsatz geschätzt werden.

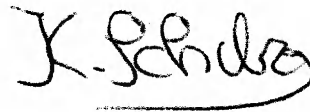
Darüber hinaus spielt die Aufwandsentschädigung eine wichtige Rolle dabei, die Teilhabe am Jugendparlament zu fördern und zu erleichtern. Indem wir eine solche Unterstützung anbieten, ermöglichen wir es einer breiteren Gruppe von Jugendlichen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund, sich zu engagieren und teilzunehmen. Dies ist besonders relevant für junge Menschen aus finanziell weniger gut gestellten Verhältnissen, für die das Sitzungsgeld eine wesentliche Unterstützung darstellen kann. Die Maßnahme trägt somit zu einer inklusiveren und vielfältigeren Zusammensetzung des Jugendparlaments bei, was essenziell ist, um eine breite Palette von Perspektiven und Stimmen in den politischen Diskurs einzubringen. Die Förderung dieser Art von Teilhabe ist entscheidend für die Entwicklung einer lebendigen, repräsentativen und aktiven

demokratischen Gemeinschaft, in der alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, gehört zu werden und einen Unterschied zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "S. Wittenburg". The script is fluid and cursive.

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read "K. Schulz". The script is fluid and cursive.

Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	15.05.2024
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

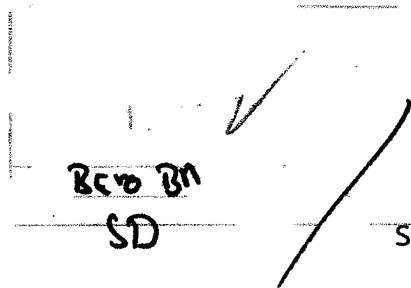
03.07.2024

Betreff:

RatsTV in die Hauptsatzung
- Antrag der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 15. Mai 2024

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 03.07.2024**

Betreff: RatsTV in die Hauptsatzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Volt-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag in der Tagesordnung aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Rat beschlossene Video-Echtzeitübertragung der Ratssitzungen (RatsTV) in die Hauptsatzung der Stadt Siegen zu integrieren.

Begründung:

Die Echtzeitübertragung der Ratssitzungen ist inzwischen etabliert. Analog zu anderen Städten, in denen das Format einen ähnlichen Rückhalt in der Kommunalpolitik hat, ist es auch für Siegen sinnvoll, die Echtzeitübertragung von Ratssitzungen in der Hauptsatzung der Stadt Siegen zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender



Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	15.05.2024
Federführend	GB 2, Abt. 2/2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

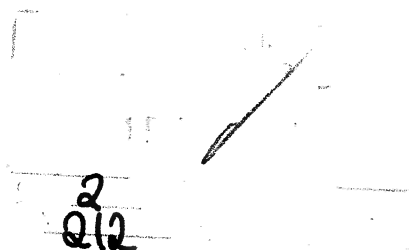
03.07.2024

Betreff:

Mülltütenautomat
- Antrag der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 15. Mai 2024

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 03.07.2024**

Betreff: Mülltütenautomat

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Volt- Fraktion bittet darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der oben
genannten Ratssitzung zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mindestens einen Mülltütenautomaten
anzuschaffen. Der Mülltütenautomat wird an einer zentralen Stelle aufgestellt.

Begründung:

Die Stadt Radolfzell am Bodensee macht vor, wie eine pragmatische Herangehensweise
Arbeitsressourcen auf Seiten der Stadtverwaltung spart und auf der anderen Seite einen
großen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt. In Radolfzell ist es
Bürgerinnen und Bürgern möglich, ihre Rest- und Biomülltüten ganz flexibel über einen
Automaten zu erhalten.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion spricht nichts gegen eine Etablierung eines oder
mehrere Mülltütenautomaten in Siegen, um die Bürgerbüros zu entlasten, Termine in den
Bürgerbüros für wichtigere Dinge freizuhalten und um den Bürgern einen zeitlich flexiblen
Service anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen



Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender



Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	29.05.2024
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

03.07.2024

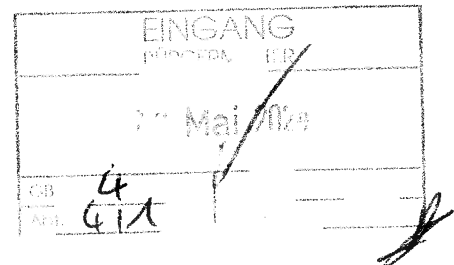
Betreff:

Rückbau der Umweltspur von Geisweid nach Siegen (beide Richtungen) B54
- Antrag der FDP-Fraktion

Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 27.05.2024

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 03.07.2024

Rückbau der Umweltspur von Geisweid nach Siegen (beide Richtungen) B54

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Stadtverordnete

die Fraktion der FDP im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der o.g. Sitzung des Rates am 03.07.2024 zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Siegen wird beauftragt, die Umweltspur in beiden Richtungen mit sofortiger Wirkung zurückzubauen, alle Markierungen zu entfernen, den Ursprungszustand und damit die Zweispurigkeit je Fahrtrichtung wieder herzustellen.

Begründung:

Mit der Umweltspur wurde versucht, den Verkehr auf der Hauptachse Geisweid – Siegen neu zu regeln.

Mit Beginn der Markierungsarbeiten stellten sich sofort massive Behinderungen und Gefahrensituationen ein, die auch mit der Fertigstellung nicht beseitigt sind.

Es stellten sich Staus an den Eng- und Kreuzungsstellen ein und es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Behinderungen mit der Beibehaltung der Spur abnehmen werden. Ein Gewöhnungseffekt ist nicht zu erwarten.

Die Verkehrsführung ist im Bereich der Umweltspur völlig unübersichtlich und birgt ein erhebliches Gefahren- und Unfallrisiko auf Grund der Querungen der Fahrbahn z. B. um von der KFZ-Spur auf die HTS, in Seitenstraßen oder Grundstücke zu fahren. Selbst an den Abfahrten der HTS bilden sich lange Rückstaus.

Fahrradfahrer sind aufgrund Ihrer Geschwindigkeit durch die schneller fahrenden Busse und Taxis besonders gefährdet. Ein Ausweichen dieser Fahrzeuge auf die Autospur ist nicht vorgesehen und würde das Chaos noch erhöhen. Hier wurden neue Unfallschwerpunkte geschaffen.

Mit der Einführung der Umweltspur verlängern sich Fahrzeiten auf der B54 massiv. Auch wenn die Verwaltung behauptet, dass ein Ausweichen auf die HTS die Situation entschärft, lässt diese Behauptung nicht verifizieren, da in Siegen nicht jeder Punkt wie Büros, Läden, Arztpraxen etc. unmittelbar über die HTS zu erreichen sind. Die Fahrten dorthin durch die Innenstadt sind auf Grund der Streckenführung unumgänglich.

Auch können wir durch die erhöhte Stausituation keinen Nutzen für die Umwelt und Bürger feststellen. Ganz im Gegenteil, durch die längeren Fahr- und Wartezeiten auf der B54 wird es zu deutlich erhöhtem Schadstoffausstoß und auch Lärmbelastung kommen. Die Leidtragenden sind die Anwohner der Strecke. Das Ganze führt den Ausdruck „Umweltspur“ ad absurdum. Diese These dürfte leicht durch Messungen von Schadstoffen und Lärm zu belegen sein. Alles in allem spricht nichts für den Erhalt der Umweltspur.

Andere Städte, z.B. Düsseldorf und Dresden haben hier bereits die Reißleine gezogen und die Umweltpuren dort wurden zurückgebaut.

Die Radfahrer haben auf der Achse Geisweid – Siegen eine Alternative zur Verfügung, unter der HTS ist bereits ein Radweg angelegt. Hier bedarf es geringer baulicher Maßnahmen um diesen im Sinne der Radfahrer umzugestalten und auch die Sicherheit der Fußgänger dort zu gewährleisten. Es fehlt sicher an der ein oder anderen Stelle eine Beleuchtung die dem Stand der Technik entspricht und eine Spurtrennung wäre auch in großen Teilen möglich. Hier kann ein sicherer Radweg geschaffen werden in dem es keine Kreuzungspunkte mit dem Individualverkehr und ÖPNV gibt. Damit wird eine deutliche Entschärfung von neu geschaffenen Unfallschwerpunkten auf der Umweltspur erreicht.

Zuletzt möchten wir noch darauf verweisen, dass der ÖPNV in Siegen nicht, wie es gerne von verschiedenen Fraktionen gemacht wird, mit Städten wie Münster und anderen Städten verglichen werden kann. Das Stadtgebiet in Siegen mit Umland hat eine völlig andere Topographie, viele kleine entlegene Dörfer sowie eine Mittelgebirgslandschaft prägen das Stadtbild und das Siegerland.

Es ist absolut nicht möglich auf den Individualverkehr zu verzichten, will man nicht die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften vom Leben in Siegen ausschließen. Wocheneinkäufe sind eben nicht so einfach mit dem Fahrrad zu erledigen - auch nicht mit einem Lastenfahrrad, hier ist wohl eher der Wunsch der Vater des Gedanken. Die vorhandene Infrastruktur gibt es einfach nicht her.

Mit freundlichen Grüßen
Torsten Schoew

Markus Nüchtern



Fraktionsgeschäftsführer



Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	07.06.2024
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

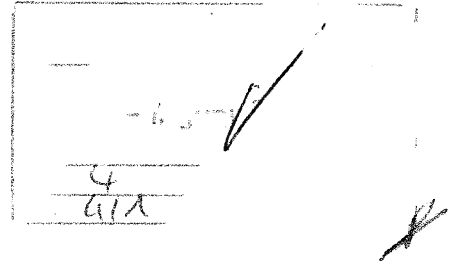
03.07.2024

Betreff:

Ausbau Radweg unter der HTS von Geisweid nach Siegen beide Richtungen
- Antrag der FDP-Fraktion

Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen



Siegen, 01.06.2024

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 03.07.2024

Ausbau Radweg unter der HTS von Geisweid nach Siegen beide Richtungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Stadtverordnete

die Fraktion der FDP im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der o.g. Sitzung des Rates am 03.07.2024 zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Beleuchtung:

Anpassung der Beleuchtung: Installation moderner Beleuchtungssysteme an strategischen Punkten entlang des Radwegs, um die Sichtbarkeit und somit die Sicherheit zu erhöhen.

Spurtrennung:

Wo es die Breite des Weges zulässt, sollte eine klare Trennung zwischen Rad- und Fußverkehr vorgenommen werden, um Konflikte zu minimieren und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Kreuzungsfreie Gestaltung:

Durch die Umgestaltung des Radwegs zu einer kreuzungsfreien Route wird das Risiko von Kollisionen mit dem Individualverkehr und dem öffentlichen Nahverkehr signifikant reduziert.

Begründung:

Im Zuge der Förderung nachhaltiger Mobilität und zur Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrer beantragen wir, den bestehenden Radweg unter der HTS zwischen Geisweid und Siegen zu optimieren und weiter auszubauen.

Dieser bereits angelegte Weg bietet eine hervorragende Grundlage, bedarf jedoch einiger Anpassungen, um den Anforderungen und der Sicherheit der Radfahrer sowie Fußgänger nach heutigen Standards gerecht zu werden.

Diese geforderten Maßnahmen tragen nicht nur zur Sicherheit bei, sondern fördern auch die Attraktivität des Radfahrens als umweltfreundliche Alternative im städtischen Raum. Wir sind überzeugt, dass durch diese Verbesserungen Unfallschwerpunkte entschärft werden und ein hohes Maß an Sicherheit geschaffen wird. Wir erreichen damit die gewünschte Trennung von Rad und motorisiertem Individual Verkehr.

Mit freundlichen Grüßen
Torsten Schoew



Fraktionsgeschäftsführer

Markus Nüchtern



Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	18.06.2024
Federführend	GB 2, Abt. 2/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

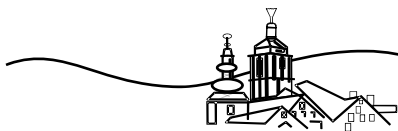
☐ nichtöffentlich

Rat

03.07.2024

Betreff:

**Motto "Zusammen für Vielfalt und Demokratie" bei großen Publikumsveranstaltungen
2024**
- Antrag der Fraktion B'90/Grüne



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

404–1432
gruene-fraktion@siegen-stadt.de

18.06.2024

Antrag gem. § 9 der GO des Rates der Stadt Siegen zur Ratssitzung am 03.07.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag auf die Tagesordnung in der Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 03.07.2024 zu setzen:

Motto "Zusammen für Vielfalt und Demokratie" bei großen Publikumsveranstaltungen 2024

Beschlussvorschlag

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die großen Publikumsveranstaltungen in 2024 (Stadtfest, Altstadtfest und Silvesterparty) unter dem Motto "Zusammen für Vielfalt und Demokratie" zu bewerben, zu kommunizieren und durchzuführen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, darüber hinaus konkret Aktionen und Aktivitäten im Sinne dieses Mottos zu entwickeln.


Begründung

Zwei Mädchen werden in einem Wohngebiet in Deutschland von Jugendlichen angegriffen und rassistisch beleidigt. Vater und jüngste Tochter müssen ins Krankenhaus. Wenige Stunden danach stellt die Polizei Strafanzeige gegen Besucher des Stadtfestes in der gleichen Stadt. Der Grund: verfassungsfeindliche Texte werden gesungen.

Die Grenze des Sagbaren und des Machbaren verschiebt sich weiterhin konsequent. In vielen europäischen Ländern zeichnet sich das gleiche Bild ab: Rechte Parteien werden

stärker und treiben die Spaltung der Gesellschaft voran. In Deutschland ist die zweitstärkste Kraft eine Partei, die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlicher Verdachtsfall eingestuft wird. Mitglieder dieser Partei sitzen auch in unseren Ausschüssen und im Rat, während der Verfassungsschutz ermittelt. Viele Landesverbände und Jugendorganisationen gelten bereits als gesichert rechtsextrem.

Uns ist bewusst: Ein Veranstaltungsmotto wird Hass und Hetze nicht verhindern, aber hier bei uns reduzieren! Aber, wir sind uns sicher, es ist Zeit für Symbole, die den Menschen einen Hoffnungsschimmer geben. Symbole zeigen, Siegen ist eine weltoffene und vielfältige Stadt. Wir wollen nicht, dass Menschen auf unseren Straßen feiern, die unsere freiheitlich demokratische Verfassung angreifen.



Lisa Bleckmann
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



Michael Groß
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Siegen, den 18.06.2024

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	18.06.2024
Federführend	GB 4, 4/6

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

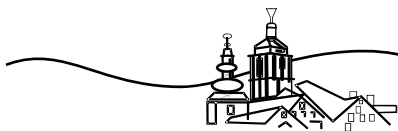
☐ nichtöffentlich

Rat

03.07.2024

Betreff:

Grillplätze in Siegen
- Antrag der Fraktion B'90/Grüne



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen

404–1432
gruene-fraktion@siegen-stadt.de

18.06.2024

Antrag gem. § 9 der GO des Rates der Stadt Siegen zur Ratssitzung am 03.07.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

hiermit bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag auf die Tagesordnung in der Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 03.07.2024 zu setzen:

Antrag "Grillplätze in Siegen"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Orte für einen öffentlich zugänglichen Grillplatz ausgewiesen können.

Begründung

Aktuell gibt es in Siegen keine kostengünstigen oder kostenfreien Möglichkeiten, die Bürger*innen und insbesondere Jugendlichen einen geeigneten Platz zum Grillen bieten. Öffentliche Grillplätze sind in vielen Städten ein beliebtes Angebot, das soziale Interaktionen fördert und Gemeinschaftserlebnisse ermöglicht.

Es ist von großer Bedeutung, dass solche Grillplätze ohne lange Voranmeldung genutzt werden können. Insbesondere Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, spontan und flexibel einen Ort zu finden, an dem sie sich in ihrer Freizeit treffen und gemeinsam Zeit verbringen können. Dieses Angebot fördert eine flexible Möglichkeit für alle Bürger*innen, gesellige Aktivitäten im Freien genießen können.

Öffentlich zugängliche Grillplätze würden das Freizeitangebot in Siegen erheblich bereichern und eine attraktive Möglichkeit für Bürger*innen schaffen, kostengünstig Zeit im Freien zu

verbringen. Daher wird der die Verwaltung gebeten, geeignete Orte für die Einrichtung solcher Grillplätze zu prüfen. Dabei sollten zentrale und gut erreichbare Standorte in den einzelnen Stadtteilen sowie im Stadtzentrum berücksichtigt werden, um die Zugänglichkeit für alle Bürger*innen sicherzustellen.

gez. Teresa Pflogsch
Fraktionsmitglied
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Siegen, den 18.06.2024

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	SPD- Fraktion
Eingang	25.06.2024
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

03.07.2024

Betreff:

**Resolution zur Einführung einer landesgesetzlichen Messzahlenanpassung bei der Grund-
steuerreform
- Antrag der SPD-Fraktion**



SPD-Fraktion • Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name: Ingmar Schiltz
Telefon: 0271 404 3250
E-Mail: spd-fraktion@siegen-stadt.de
Aktenzeichen:

Datum: 25.06.2024

Dringlichkeitsantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 03.07.2024

Resolution zur Einführung einer landesgesetzlichen Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die SPD-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der o. g. Sitzung des Rates zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die folgende Resolution und beauftragt den Bürgermeister, die Resolution an den Landtag NRW und die heimischen Landtagsabgeordneten weiterzuleiten:

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen fordert den Landtag NRW auf, eine landesgesetzliche Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform so rechtzeitig zu beschließen, dass sie mit der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 in Kraft treten kann. Die Messzahlenanpassung soll zu einer verfassungskonformen Regelung führen, bei der es zu keiner Lastenverschiebung zu Ungunsten der Wohngrundstücke kommt.“

Begründung:

Proberechnungen zeigen, dass es mit den derzeitigen Messzahlen bei der zum 01.01.2025 anstehenden Grundsteuerreform zu deutlichen Lastenverschiebungen weg von Gewerbegrundstücken hin zu Wohngrundstücken kommen wird. Dabei liegt der aufkommensneutrale Hebesatz der Grundsteuer B in der Universitätsstadt Siegen bei 968 Prozentpunkten.

Daher wird aktuell auf Landesebene die Einführung von differenzierten Hebesätzen auf kommunaler Ebene diskutiert. Gegen differenzierte Hebesätze sprechen jedoch viele rechtliche und technische Unwägbarkeiten:

- Es gibt verfassungsrechtliche Bedenken, da nicht klar ist, ob den Kommunen überhaupt das Recht zusteht, selbst per Satzung eine Differenzierung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken im Rahmen des Besteuerungsverfahrens vorzunehmen.
- Bei differenzierten Hebesätzen würden die Hebesätze für Nichtwohngrundstücke deutlich über den Hebesätzen für Wohngrundstücke liegen, was zu einer Verminderung der Akzeptanz führen wird. In der Universitätsstadt Siegen z. B. liegen die differenzierten

Anschrift:
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen
Raum 105
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kontakt:
0271 4043250
spd-fraktion@siegen-stadt.de
www.spd-siegen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
BLZ: 460 500 01
Kto. Nr.: 300 639 60
IBAN: DE34460500010030063960
BIC: WELADED1SIE

Sprechzeiten:
Mo 12.00 - 15.00 Uhr
Do 12.00 - 17.00 Uhr
Termine auf Anfrage



Hebesätze bei 684 Prozentpunkten für die Wohngrundstücke und bei 1807 Prozentpunkten für die Nichtwohngrundstücke. Die Einführung von differenzierten Hebesätzen bietet daher eine offene Flanke für eine hohe Anzahl von Widerspruchs- und Klageverfahren.

- Differenzierte Hebesätze sind nicht mehr rechtzeitig durch die Kommunen bis zur Einführung der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 umsetzbar. Auch gibt es keine zertifizierte Software, mit der die Steuerbescheide mit differenzierten Hebesätzen erlassen werden können.
- Das Prozessrisiko bei Einführung der differenzierten Hebesätze würde vom Landesgesetzgeber weg auf die einführenden Kommunen verlagert. Differenzierte Hebesätze müssten jedes Jahr aufs Neue festgelegt und begründet werden und wären daher jedes Jahr wieder angreifbar.

Ziel des Landesgesetzgebers sollte es daher sein, eine verfassungskonforme, rechtssichere und rechtzeitig umsetzbare Reform zu verabschieden, anstatt an der Einführung von differenzierten Hebesätzen durch die Kommunen festzuhalten. Eine solche Reform wäre durch eine landesgesetzliche Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform möglich. Auf diese Möglichkeit haben die kommunalen Spitzenverbände bereits vor 2 Jahren hingewiesen, leider ohne entsprechende Beachtung durch die Landesregierung.

Begründung für die Dringlichkeit:

Am 20.06.2024, also bereits nach Ablauf der Antragsfrist für die kommende Ratssitzung, hat die NRW Landesregierung die aufkommensneutralen und differenzierten Hebesätze für die Kommunen in NRW bekannt gegeben. Am 03.07.2024 findet die letzte Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen vor der Sommerpause statt. Um die Resolution noch vor der Sommerpause zu verabschieden, ist eine Dringlichkeitsentscheidung des Rates notwendig. Ziel der Resolution ist, eine rechtzeitige Reform der Grundsteuer, so dass die Messzahlenanpassung durch eine landesgesetzliche Regelung noch bis zur Einführung der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 umgesetzt werden kann. Ein Abwarten bis zur nächsten regulären Sitzung des Rates nach der Sommerpause am 25.09.2024 wäre diesem Ziel nicht zuträglich.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender)

Ingmar Schiltz
(Fraktionsgeschäftsführer)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 03.06.2024

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

26.06.2024

Rat

03.07.2024

Kurzbezeichnung:

Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2023 - Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2022 und 2023 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Sachverhalt / Begründung:

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sieht in § 116a eine größenabhängige Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO vor.

§ 116a GO NRW hat folgenden Wortlaut:

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. Die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1.500.000.000 Euro.
2. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus.
3. Die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbstständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungbericht gemäß § 117 zu erstellen.

Die Befreiungsmöglichkeit gemäß § 116a GO NRW konnte erstmals für das Haushaltsjahr 2019 in Bezug auf den Gesamtabchluss zum 31.12.2019 genutzt werden. Der Rat der Stadt Siegen hat seitdem regelmäßig davon Gebrauch gemacht. Zuletzt hat der Rat am 06.09.2023 beschlossen, vorbehaltlich der Erfüllung der Befreiungskriterien auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten (Vorlage Nr. VL 1464/2023).

Bei der Prüfung der Voraussetzungen für eine Befreiung sind alle Tochterunternehmen der Stadt Siegen, die dem Grunde nach vollkonsolidierungspflichtig wären, zu berücksichtigen. Dies waren in 2023 die Eigengesellschaften KEG und Stadtmarketing Siegen GmbH, die Mehrheitsbeteiligungen SVB und Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG sowie der ESi als Sondervermögen der Stadt.

Um die gesetzliche Frist für die Entscheidung des Rates bis zum 30.09.2024 einhalten zu können, wurde die Prüfung der Befreiungsvoraussetzungen anhand der vollständig vorliegenden Jahresabschlüsse für 2022 und 2021 vorgenommen. Für 2023 liegen aktuell noch nicht alle Jahresabschlüsse vor; so fehlt u. a. noch der Jahresabschluss der Stadt Siegen, der absehbar bis September nicht fertig gestellt sein wird.

Wie die beigefügte Auswertung zeigt, werden alle drei Befreiungskriterien in beiden Jahren erfüllt. Dabei besteht zu den Schwellenwerten, ab denen eine Befreiung nicht mehr möglich wäre, ein deutlicher Sicherheitsabstand. Es ist daher davon auszugehen, dass die Befreiungskriterien auch bei Zugrundelegen der Daten aus 2023 erfüllt sind.

Daher kann - auch in der längerfristigen Perspektive - auf die Erstellung eines Gesamtabchlusses verzichtet werden.

Angesichts des überschaubaren Beteiligungsportfolios der Stadt Siegen ergibt sich aus der Erstellung von Gesamtabschlüssen für Politik und Verwaltung kein zusätzlicher Informationsgewinn, der die für die Erstellung und Prüfung anfallenden Kosten rechtfertigen würde. Die Verwaltung empfiehlt daher, die gesetzliche Befreiungsmöglichkeit weiterhin zu nutzen.

Die wirtschaftliche Lage der städtischen Beteiligungen und deren Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen werden ohnehin in dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht ausführlich dargestellt und erläutert.

Sobald das Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen für den Gesamtabschluss zum 31.12.2023 anhand der Jahresabschlüsse 2022 und 2023 abschließend geprüft werden kann, wird die Verwaltung den Rat über das Ergebnis unterrichten.

nachrichtlich

Die nunmehr für die Jahre 2021 und 2022 vorliegenden Kennzahlen belegen, dass die Befreiungsvoraussetzungen in Bezug auf den Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2022 erfüllt sind. Der Ratsbeschluss vom 06.09.2023, der auf Basis von Daten aus 2020 und 2021 gefasst wurde, wird insoweit bestätigt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 40px;"></div>			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Befreiung GA 2023_Vorlage_Anlagen](#)

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 1

Datenerfassung

A. Jahr der Befreiung: **2023**

B. Daten der Kommune

Name		Bilanzsumme in Euro			Ordentliche Erträge in Euro		
		2022	2021		2022	2021	
Stadt Siegen		1.033.217.285,10	1.030.694.436,93		366.965.418,09	342.358.556,66	

C. Daten der vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche

Name	Beteiligungsquote in Prozent		Bilanzsumme in Euro		Anteilige Bilanzsumme in Euro		Ordentliche Erträge in Euro		Anteilige ordentliche Erträge in Euro	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
KEG	100,0	100,0	41.579.543,36	41.377.852,84	41.579.543,36	41.377.852,84	6.015.104,70	5.262.995,35	6.015.104,70	5.262.995,35
SVB	74,9	74,9	81.378.579,04	65.190.564,99	60.952.555,70	48.827.733,18	92.375.580,34	74.223.899,69	69.189.309,67	55.593.700,87
Esi	100,0	100,0	255.632.648,73	248.607.062,10	255.632.648,73	248.607.062,10	25.997.197,82	26.330.624,02	25.997.197,82	26.330.624,02
SM Siegen *	100,0	100,0	136.828,06	218.030,03	136.828,06	218.030,03	316.883,43	289.581,55	316.883,43	289.581,55
Stromnetzges.**	74,9	74,9	16.693.105,81	14.975.208,41	12.503.136,25	11.216.431,10	5.993.199,27	5.954.398,21	4.488.906,25	4.459.844,26
Summe			395.420.705,00	370.368.718,37	370.804.712,10	350.247.109,25	130.697.965,56	112.061.498,82	106.007.401,87	91.936.746,05

* Stadtmarketing Siegen GmbH

** Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG

**Prüfung der Befreiungsmöglichkeit nach § 116a GO NRW
zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses**

Anlage 2

Auswertung

Kriterium 1 - Bilanzsumme

Berechnung	2022	2021	
Bilanzsumme der Kommune	1.033.217.285,10	1.030.694.436,93	
+	+	+	
Summe der Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	395.420.705,00	370.368.718,37	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
<= 1.500.000.000,00 € ?	1.428.637.990,10	1.401.063.155,30	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 2 - Anteil Erträge

Berechnung	2022	2021	
Anteilige ordentliche Erträge der verselbständigten Aufgabenbereiche	106.007.401,87	91.936.746,05	
/	/	/	
Ordentliche Erträge der Kommune	366.965.418,09	342.358.556,66	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	28,89%	26,85%	Das Kriterium ist erfüllt.

Kriterium 3 - Anteil Bilanzsumme

Berechnung	2022	2021	
Anteilige Bilanzsummen der verselbständigten Aufgabenbereiche	370.804.712,10	350.247.109,25	
/	/	/	
Bilanzsumme der Kommune	1.033.217.285,10	1.030.694.436,93	
<hr/>	<hr/>	<hr/>	
< 50% ?	35,89%	33,98%	Das Kriterium ist erfüllt.